

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 90

DIENSTAG, DEN 18. NOVEMBER

2014

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft	2181	Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die russische Sprache	2182
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	2181	Herstellung einer Erschließungsanlage im Stadtteil Eidelstedt	2182
Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die polnische Sprache	2181	Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Rissen 51)	2182
		Änderung von Wochenmärkten	2182

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am Mittwoch, dem 26. November 2014, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 18. November 2014

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 2181

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Panta 132 Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG hat bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Umweltschutz – eine Wasserrechtliche Erlaubnis nach § 8 des Wasserhaushaltsgesetzes für das Entnehmen von Grundwasser im Rahmen einer Baumaßnahme Überseeallee o. Nr. (Intelligent Quarters, BF 52, Bauteil T, Neubau von drei Gebäuden mit Büro- und Wohnnutzung sowie gemeinsamer zweigeschossiger Tiefgarage) in Hamburg-HafenCity beantragt. Hier soll zur Trockenhaltung der Baugrube vorübergehend Grundwasser mittels offener Wasserhaltung – punktuell in Verbindung mit einer Vakuumkleinfilteranlage – abgesenkt werden.

Darüber hinaus soll in den tieferen Bereichen der Baugrube zur Gewährleistung der Aufbruchsicherheit der Baugrubensohle das Druckniveau des unterhalb der Kleinschicht gespannt anstehenden Grundwassers abgesenkt werden. Da hier der Grundwasserstand mit dem Tidewasserstand der Elbe korrespondiert, erfolgt diese Grundwasserabsenkung nur bei Bedarf und abhängig vom jeweiligen Wasserstand der Elbe.

Die Wasserhaltung stellt ein Vorhaben nach Punkt 13.3.2 Spalte 2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Verbindung mit Nummer 1.3.1 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c UVP in Verbindung mit den Regelungen des HmbUVP wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Vorhabens abgesehen. Das Vorhaben kann nach Einschätzung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalles keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben. Die Begründung ist bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – Amt für Umweltschutz – nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes der Öffentlichkeit zugänglich. Das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 10. November 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Amtl. Anz. S. 2181

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die polnische Sprache

Herr Peter Gajek, geboren am 27. März 1973 in Warschau, wohnhaft Grandweg 140, 22529 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die polnische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 4. November 2014

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 2181

Öffentliche Bestellung zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die russische Sprache

Herr Bernd Krempel, geboren am 6. Januar 1971 in Hamburg, wohnhaft Alsterdorfer Straße 184, 22297 Hamburg, ist zum allgemein vereidigten Dolmetscher und Übersetzer für die russische Sprache bestellt worden.

Hamburg, den 6. November 2014

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 2182

Herstellung einer Erschließungsanlage im Stadtteil Eidelstedt

Endgültige Herstellung:

Nach § 49 Absatz 5 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41), zuletzt geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73), wird bekannt gemacht:

Die nachstehend aufgeführte Erschließungsanlage ist endgültig hergestellt worden:

Lfd. Nr. Bezeichnung der Erschließungsanlage

- | | |
|---|---|
| 1 | Kollenhof
von Vogt-Kölln-Straße bis Güterumgehungsbahn
ausschließlich |
|---|---|

Die Bekanntmachung ist auch unter
www.hamburg.de/fb/anliegerbeitraege einzusehen.

Hamburg, den 18. November 2014

Die Finanzbehörde

Amtl. Anz. S. 2182

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Rissen 51)

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 15. Juli 2014 (BGBl. I S. 954), für das Gebiet zwischen Sülldorfer Brooksweg, Herwigredder und Iserberg die bestehenden Bebauungspläne zu ändern (Aufstellungsbeschluss A 02/14).

Eine Karte, in der das Gebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann beim Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Sülldorfer Brooksweg – Herwigredder – Iserberg (Bezirk Altona, Orts-
teil 227).

Das Bebauungsplanverfahren mit der beabsichtigten Bezeichnung Rissen 51 soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen, um die vorhandene Sportfläche am Iserberg dem Wohnungsbau zuzuführen. Das Schulgelände und das Altenheim sollen bestandskonform als Flächen für den Gemeinbedarf mit baulichen Erweiterungsmöglichkeiten ausgewiesen werden.

Hamburg, den 4. November 2014

Das Bezirksamt Altona Amtl. Anz. S. 2182

Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69 b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348, 1360), wird bekannt gegeben:

Der Wochenmarkt Sasel fällt am 27. Dezember 2014 ersatzlos aus.

Hamburg, den 10. November 2014

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2182

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3-5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Frau Büschen
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 27,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 27 31 - 14 48
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Siehe Anhang A.II

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Siehe Anhang A.III

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

- I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Verkehrsinfrastruktur

- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**II.1) Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

BAB 25 Ergänzender Lärmschutz zwischen AD Südost und Landesgrenze Schleswig-Holstein.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauftrag

Planung und Ausführung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Herstellung einer ca. 74 m langen dreifeldrigen, tiefgegründeten Lärmschutzwandbrücke auf Stahlstützen und der zugehörigen ca. 4,5 m hohen Lärmschutzwand (0,75 m aus Aluminiumelementen und 3,80 m aus transparenten Elementen). Ca. 96 m Ortbetonbohrpähle, ca. 50 t Stahlkonstruktion für die LSW-Brücke, 56 m² Aluminiumelemente und 281 m² transparente Elemente für die Lärmschutzwand.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45221100

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: Siehe II.1.5)

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 8 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.

– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurden.

– Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.

– Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.

- ZTV-ING Koordinator und dessen ständiger Vertreter.
- Bauzeitenplan.
- Erläuterung des Bauablaufs.
- Labor für Deklarationsanalysen nach LAGA-Regeln.
- Qualifikation für Korrosionsschutz.
- Herstellerqualifikation Stahlbau/Stahlverbundbau (EXC3).
- Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-K5-001/15

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:

23. Dezember 2014

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 5,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-001/15 an folgendes Konto:

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt RB/ZVA,

Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
IBAN DE 50 2001 0020 0375 2022 05,
BIC PBNKDEFF200 Hamburg
Geldinstitut Postbank Hamburg.

Hinweis: Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Bei Überweisungen bitte gleichzeitig Anforderung an die Anschrift gem. Anhang A Ziff. II) senden. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Die Vergabeunterlagen erhalten sie ausschließlich auf CD; die Angebotsabgabe erfolgt weiterhin in Papierform. Auf Nachfrage besteht die Möglichkeit, ihnen die Unterlagen – gegen Erstattung eines erhöhten Kostenbeitrags in Höhe von insgesamt 18,- Euro – auch als Papierversion zu übersenden. Die Abgabe des Angebots hat weiterhin ausschließlich in Papierform zu erfolgen, wir bitten sie aber, ihr bepreistes Leistungsverzeichnis zusätzlich als Angebotsdatei (d84, p84 oder x84) beizufügen.

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

6. Januar 2015, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 10. März 2015

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

6. Januar 2015, 9.30 Uhr

Ort: siehe Anhang A.III

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja.

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Bieter und ihre Bevollmächtigten. Siehe Anhang A III.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben: –**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland,

Telefax: +49 (0)40/4 28 40 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
6. November 2014

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind: –**
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.272
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 31 - 05 27
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 6. November 2014

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 874

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Bundesbauabteilung
Postanschrift:
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n): Vergabestelle
Zu Händen von Frau Stefanie Kiegeland
Telefon: +49 (0)40 / 4 28 42 - 2 23

Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail:

PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

Neustrukturierung der elektrischen Energieversorgung, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, Technische Ausrüstung

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Die Bundesbauabteilung der Freien und Hansestadt Hamburg ist vom Bundesministerium der Verteidigung (Bauherr) mit der Baumaßnahme der Bundeswehr „Neustrukturierung der elektrischen Energieversorgung“ im Bundeswehrkranken-

kenhaus Hamburg (BWK) beauftragt worden. Die Liegenschaft besteht aus 18 Gebäuden. In diesen sind die verschiedenen Nutzungen des Krankenhausbetriebes untergebracht. Im Wesentlichen sind dies: Ein Bettenhaus mit 320 Betten, Notaufnahme und Intensivstation, ein OP-Gebäude mit 6 OPs, Sterilisation und Bäderabteilung und ein Haupthaus (Haus 1). Dieses Gebäude aus dem Jahre 1937 ist denkmalgeschützt, viergeschossig und über 300 m lang, daran schließt sich der sog. Kreuzbau und ein etwas kleinerer Nordflügel an. Im Haus 1 sind neben Büro und Unterkunftsnutzungen mehrere medizinische Fachuntersuchungsstellen sowie eine Apotheke, eine Radiologie mit MRT und CT, eine Küche und die DV-Abteilung untergebracht. Außerdem befinden sich auf der Liegenschaft ein sechsgeschossiges Schwesternwohnheim, ein Hubschrauberhangar mit Rettungswache, der Psychologische Dienst sowie einige kleinere Gebäude mit Verwaltung, Heizhaus, Netzersatzanlage, Casino und Sanitätsfachschule. Das Gelände ist ca. 0,25 km² groß und wird vom Netzbetreiber mit 10 kV und ca. 280 MVA eingespeist. Die Energie wird über ein eigenes 10 kV-Netz auf vier Energiezentralen verteilt. In der Liegenschaft sind umfangreiche Um- und Erweiterungsbauten geplant. Unter anderem soll der Nordflügel abgerissen und durch ein neues Gebäude ersetzt werden. Die elektrische Energieversorgungsanlage ist auf dem Stand der VDE 107 errichtet. Auch das Notstromaggregat hat mit 900 kVA seine Ausbaureserve erreicht.

Baufaufgabe: Gegenstand dieses Verfahrens ist die Vergabe von Leistungen für die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau), der Ausführungsplanung und die spätere Bauausführung für eine umfassende Grundsanierung und Neustrukturierung der Stromversorgung mit den notwendigen Provisorien und Interimsmaßnahmen. Die Bauaufgabe erfolgt parallel zu einer weiteren Maßnahme, mittels der die gesamten Versorgungsleitungen (Wasser, Abwasser etc.) neu strukturiert werden. Die gesamte Energieverteilung ist an die aktuelle Vorschriftenlage nach VDE 0100 Teil 710 anzupassen. Hierzu muss ein redundantes 10 kV-Netz mit den dazugehörigen Energiezentralen errichtet werden. Das Notstromaggregat ist zu ergänzen bzw. zu erneuern. Als besondere Schwierigkeit kommt hinzu, dass der Krankenhausbetrieb möglichst wenig oder gar nicht unterbrochen werden darf. Die Anlage muss außerdem zukunftsorientiert projektiert werden.

Planungsgrundlagen: Es liegt bereits eine Entwicklungsplanung mit einer Grobkostenschätzung für die Gesamtliegenschaft vor. Derzeit wird eine Machbarkeitsstudie zur Ersatzstromversorgung erstellt. Die Unterlagen werden den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Die Planung und der Ausbau erfolgen entsprechend den aktuell gültigen Standards der BFR der Bundeswehr.

Leistungsbild: Ziel dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe des Leistungsbereiches Technische Ausrüstung ab Leistungsphase 2, 3, 5 bis 8 gem. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 gem. § 53 (2) HOAI

i.V.m. der BFR der Bundeswehr. Die Gesamtbaukosten für die Umsetzung der Maßnahme belaufen sich auf ca. 7,8 Mio. Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 600.

Projektdauer: Der Auftrag umfasst zunächst die LPH 2 und 3. Die Aufstellung der Entscheidungsunterlage-Bau (ES-Bau) soll in der Qualität einer Entwurfsunterlage-Bau (EW-Bau) erfolgen und bei einer voraussichtlichen Beauftragung im April 2015 bis Oktober 2015 abgeschlossen werden. Es ist beabsichtigt, bei Fortsetzung der Maßnahme die LPH 5 bis 8 zu beauftragen. Als Baubeginn ist Oktober 2016 vorgesehen.

- II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
 - II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Die zu vergebenen Leistungen auf Grundlage der HOAI 2013 bestehen aus:
Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 gem. § 53 (2) HOAI, LPH 2, 3, 5 bis 8. Der geschätzte Auftragswert liegt bei 550.000,- Euro ohne Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer.
Geschätzter Wert ohne MwSt : 550.000,- Euro
 - II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
Beschreibung der Optionen:
Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI, Anlagengruppe 4 gem. § 53 (2) HOAI, LPH 5 bis 8 in noch vom Auftraggeber festzulegenden Stufen.
 - II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
 - II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
 - III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Haftpflichtversicherung in Höhe von mindestens: Personenschäden 2.000.000,- Euro (pro Schadensfall), Sonstige Schäden: 2.000.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bewerbergemeinschaften müssen von der Bewerbergemeinschaft oder jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das 2-fache der Deckungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Die Vergütung erfolgt unter Zugrundelegung der Honorarvorschriften der HOAI 2013. Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau).

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet. Mehrfachbeteiligungen, d.h. parallele Beteiligung als Einzelbieter und gleichzeitig als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und werden ausgeschlossen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der Auftragnehmer hat die gesetzlichen Bestimmungen und die Verwaltungsvorschriften für das Öffentliche Bauwesen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten, insbesondere:

- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau),
- das Vergabe- und Vertragsbuch für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB),
- die Baufachlichen Richtlinien für die Durchführung von Baumaßnahmen der Bundeswehr (BFR),
- die allgemeinen Umdrucke für Baumaßnahmen der Bundeswehr.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Der Bewerber hat den Teilnahmeantrag in Form eines vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Bewerbungsbogens mit Angabe der dort einzutragenden Punktzahlen und den geforderten Erklärungen, Anlagen und Nachweisen zu den Ziffern III.2.1 bis III.2.3 abzugeben.

Die Anlagen und Nachweise sind separat in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge geheftet vorzulegen. Der Bewerbungsbogen und die beigelegten Anlagenvordrucke sind bei der in Ziff. I.1) genannten Kontaktstelle anzufordern. Darüber hinaus gehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht und werden nicht berücksichtigt.

Für den Fall einer Bewerbergemeinschaft und für den Fall, dass der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrags der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (Nachunternehmer), ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nach-

unternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Die Nachweise müssen aktuell, nicht älter als 12 Monate (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) und noch gültig sein. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn sie nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden.

Geforderte Erklärungen und Nachweise:

1. Vollständig ausgefüllter und rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen.

2. Eigenerklärung zu wirtschaftlichen und/oder rechtlichen Verknüpfungen zu anderen Unternehmen gem. § 4 Abs. 2 VOF.

3. Eigenerklärung zur beabsichtigten Zusammenarbeit mit Anderen in auf den Auftrag bezogen relevanter Weise gem. § 4 Abs. 2 VOF.

4. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft sind die Auftragsanteile der Mitglieder zu benennen, wobei jedes einzelne Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll.

5. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist eine Vollmachtserklärung mit Benennung eines bevollmächtigten Vertreters nachzuweisen (Vordruck Anlage 1).

6. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers sind die Auftragsanteile, die als Unterauftrag vom Auftragnehmer vergeben werden sollen, zu benennen.

7. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers ist eine Verpflichtungserklärung nach § 5 Abs. 6 VOF vorzulegen (Vordruck Anlage 2).

8. Eigenerklärungen über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 6 a-g VOF und über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 4 Abs. 9 a-d VOF (Vordruck Anlage 3).

9. Namen und berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen gem. § 4 Abs. 3 VOF.

10. Nachweis der geforderten Qualifikation des Bewerbers. Sofern es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person handelt, ist die Qualifikation des verantwortlichen Berufsangehörigen gem. § 19 Abs. 3 VOF nachzuweisen.

11. Nachweis über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung mit den unter Ziff. III.1.1 genannten Deckungssummen gem. § 5 Abs. 4 a VOF.

Genauere Angaben und die zu verwendenden Vordrucke entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Für den Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind folgende Auskünfte zu erteilen:

1. Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis siehe unter Ziff. III.2.1.

2. Die Leistungsfähigkeit ist durch die Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen des Bewerbers im Bereich Krankenhaus/Klinikbau und elektrischer Energieversorgung in den letzten drei Geschäftsjahren (2012, 2013, 2014) gem. § 5 Abs. 4 c VOF nachzuweisen. Im Falle einer Bergergemeinschaft sind die Umsatzzahlen zu addieren; im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers darf der Umsatz des Nachunternehmers nur entsprechend seines Anteils am Gesamtauftrag hinzugerechnet werden, wenn der Nachunternehmer diesen Umsatz mit vergleichbaren Leistungen erzielt hat.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindeststandard zu 1.: Vgl. III.1.1

Mindeststandard zu 2.: Der durchschnittliche Jahresumsatz der letzten drei Geschäftsjahre im Bereich Technische Ausrüstung muss mindestens 300.000,- Euro (netto) betragen.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Für den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit sind folgende Auskünfte zu erteilen:

1. Vorstellung von drei Projektbearbeitern des Projektteams mit folgenden Angaben zu deren Qualifikation gem. § 5 Abs. 5 a) VOF:

Ausbildung und berufliche Qualifikation, Berufserfahrung, Bürozugehörigkeit in Jahren, Berufserfahrung mit vergleichbaren Projekten, persönliche Referenzliste, Einbindung in die Referenzprojekte, bisherige Zusammenarbeit des Projektteams.

Studiennachweise und Fortbildungsnachweise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiter sind in Kopie vorzulegen.

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen (Vordrucke Anlage 7 und 7A).

2. Vorstellung von max. drei mit der Bauaufgabe vergleichbaren Referenzprojekten gem. § 5 Abs. 5 b) VOF. Darüber hinausgehende Projektbeispiele werden nicht berücksichtigt.

Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich der Erfahrung mit vergleichbaren Projekten, Größenordnung und Leistungsbereichen ersichtlich werden.

Die Referenzprojekte sind mit folgenden Angaben einzureichen: Art der Baumaßnahme, Auftraggeber und Ansprechpartner, Referenzschreiben oder Eigenerklärung, Art und Umfang der beauftragten Leistungen, Zeitraum der Leistungserbringung, Projektkosten, Ausweis der Nachunternehmerleistungen, projektspezifische Kriterien.

Für jedes Projekt hat eine Darstellung in Wort und Bild (farbig) max. auf 4 Seiten DIN A 4 zu erfolgen. Die Seiten sind jeweils zu nummerieren, Seiten ab der Seite 5 werden nicht gewertet. Die Referenzschreiben werden nicht zu den 4

Seiten gezählt. Unterlagen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.

Die Referenzprojekte müssen dem Bewerber eindeutig zuzuordnen sein. Im Falle einer Bergergemeinschaft können die Referenzprojekte von jedem Partner der Bergergemeinschaft eingereicht werden (insgesamt max. drei Referenzen pro Bergergemeinschaft).

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen (Vordruck Anlage 8).

3. Angaben zur personellen Ausstattung des Bewerbers während der letzten drei Jahre (2014, 2013, 2012); differenziert nach Ausbildung, Fachrichtung und Bürozugehörigkeit der Mitarbeiter und Führungskräfte gemäß § 5 Abs. 5 d) VOF.

Im Falle einer Bergergemeinschaft sind die Mitarbeiterzahlen zu addieren. Im Falle der Einschaltung eines Nachunternehmers können nur die Mitarbeiter des Nachunternehmers hinzugerechnet werden, die für den entsprechenden Leistungsanteil eingesetzt werden.

4. Erläuterung über welche technische Büroausstattung (DV-Geräte, Hard- und Software) der Bewerber verfügt nach § 5 Abs. 5 e) VOF.

Genauere Angaben entnehmen Sie bitte dem Bewerbungsbogen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindeststandard zu 1.: Vorstellung des Projektleiters, eines Projektmitarbeiters und des Bauleiters mit jeweils Studienabschluss der Fachrichtung Elektrotechnik (Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Master/Bachelor). Hiervon müssen alle Projektbearbeiter mind. 5 Jahre Berufserfahrung in der für die Projektbearbeitung vorgesehenen Funktion nachweisen.

Mindeststandard zu 2.: 1. Referenzprojekt A: Mit mindestens dem Referenzprojekt A ist die Erfahrung mit der Planung und Realisierung (LPH 3 bis 8) einer komplexen Energieversorgung im Krankenhaus mit getrennter AV/ SV Versorgung nachzuweisen. 2. Referenzprojekt B: Mit mindestens dem Referenzprojekt B ist die Erfahrung mit der Planung und Realisierung (LPH 3 bis 8) eines Umbaus einer komplexen Energieversorgung im laufenden Betrieb nachzuweisen. 3. Bei allen drei Referenzprojekten liegt der Leistungszeitraum der LPH 3 bis 8 innerhalb der letzten 8 Jahre (2006 bis 2014). Mindestens ein Projekt muss baulich fertig gestellt sein, d. h., die LPH 8 muss abgeschlossen sein (Stand: 12/2014). 4. Für alle drei Referenzprojekte ist eine projektbezogene Referenzbescheinigung oder Eigenerklärung (mit Art, Umfang LPH, Leistungszeit, Rechnungswert) einzureichen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Als Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF wird der Beruf des Ingenieurs/in für die Leistungen gem. § 55 HOAI gefordert. Die für die Erbringung der

Leistung benannten müssen eine abgeschlossene Fachausbildung als Dipl.-Ing. TH/FH bzw. Bachelor/Master an Universitäten oder Fachhochschulen oder vergleichbare Berufserfahrung aufweisen. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige benennen, die die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Dabei ist die erreichte Punktzahl für die Auswahl maßgebend. Die Auswahl erfolgt nach den für die technische Leistungsfähigkeit (Bewertung der Referenzprojekte und des Projektteams) vergebenen Punkten. Genauere Angaben der zu vergebenen Punkte entnehmen Sie bitte den Anlagen 7 und 8. Erreichen mehrere Bewerber die gleiche Punktzahl und ist die Bewerberanzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien größer als 5 Büros, behält sich die Vergabestelle vor, gem. § 10 Abs. 3 VOF unter den punktgleichen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschrei-

bung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

4121 G 1402 – BBA VOF 2014/02

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: –

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

15. Dezember 2014, 0.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren (Bewerbungsbogen mit Anlagen) sind in einem verschlossenen Umschlag, deutlich sichtbar gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung, bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist auf dem Postweg an die Vergabestelle zu senden oder dem Auftraggeber direkt zu überreichen. Bewerbungen per E-Mail oder Fax sind nicht zulässig.

Bitte beschriften Sie den Umschlag der Teilnahmeanträge wie folgt: „VOF Vergabeverfahren Neustrukturierung elektrische Energieversorgung, Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, Leserstraße 180, 22049 Hamburg“.

Der Teilnahmeantrag ist zu richten an: Freie und Hansestadt Hamburg, Bundesbauabteilung, Pappeallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland.

Der für den Teilnahmeantrag zwingend zu verwendende Bewerbungsbogen sowie die Anlagenvordrucke sind unter der in Ziff. I.1) genannten E-Mail-Adresse (PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de) anzufordern.

Der Bewerbungsbogen ist innerhalb der Bewerbungsfrist vollständig ausgefüllt, mit Angabe der dort einzutragenden Punktzahlen und rechtsverbindlich unterschrieben einzureichen. Fehlende Angaben und Unterlagen zu den Ausschlussgründen unter Pkt. 2 oder den Mindestanforderungen unter Pkt. 3 des Bewerbungsbogens führen ebenso wie das Fehlen der Unterschrift auf dem Bewerbungsbogen unmittelbar zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren.

Im Falle von Bewerbergemeinschaften oder der Einschaltung von Nachunternehmern, ist ein Bewerbungsbogen abzugeben, der alle geforderten Erklärungen und Nachweise für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft bzw. für alle Nachunternehmer enthält. Anlagen und Nachweise, die sich nur auf ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft bzw. auf einen Nachunternehmer beziehen, sind als solche kenntlich zu machen.

Es besteht kein Anspruch auf Rücksendung der eingereichten Unterlagen.

- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer des Bundes – Bundeskartellamt
Postanschrift:
Willemomblor Straße 76, 53123 Bonn,
Deutschland,
Telefon: +49 (0)228/94 99 - 0
Telefax: +49 (0)228/94 99 - 163
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr.1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftragnehmer nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie unverzüglich, spätestens innerhalb von 14 Kalendertagen, nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.
Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Bundesbauabteilung, BBA 2
Postanschrift:
Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00
E-Mail:
PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
11. November 2014

Hamburg, den 11. November 2014

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

875

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- II.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg
Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Um- und Zubau für die Fusion der Berufsschulen G2 und G17 am Standort Dratelnstraße 24, Hamburg – Objektplanung gemäß § 34 HOAI.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr: 12

Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, den Um- und Zubau der Staatlichen Gewerbeschule G17 in Hamburg Wilhelmsburg zum Zweck der Zusammenlegung der G17 mit der Beruflichen Schule William Lindley G2 durchzuführen.

Das Gebäude der G17 befindet sich am Standort Dratelnstraße 24 im Berufsschulzentrum Wilhelmsburg. Hier befinden sich auch die Schulen Staatliche Gewerbeschule für Informations- und Elektrotechnik, Chemie und Automatisierungstechnik G18 (Dratelnstraße 26) und die Staatliche Schule Gesundheitspflege W4 (Dratelnstraße 28). Am Standort Wilhelmsburg entsteht dadurch ein Berufsschulzentrum aus drei Schulen, die miteinander kooperieren sollen.

In der neu entstehenden Beruflichen Schule werden duale und vollzeitschulische Bildungsgänge im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung, des industriellen Anlagenbaus, der erneuerbaren Energien, der Metalltechnik und des Facilitymanagements angeboten. Die bisherige Struktur des Gebäudes wird dadurch stark verändert. Durch den Zu- und Umbau sollen neue und dem neuen Bedarf angepasste Räume und Einrichtungen geschaffen werden.

Die Schule mit einer Nettogrundfläche von derzeit 13.424 m² soll bis Herbst 2017 zum Teil im laufenden Betrieb erweitert und umgebaut werden. Die umzubauende Fläche im Bestandsgebäude wird etwa 4.300 m² betragen. Der zusätzliche Raumbedarf von rund 2.335 m² soll durch

den Zubau eines Unterrichtsgebäudes abgedeckt werden. Der Zu- und Umbau umfasst Unterrichts- und Lernfeldräume, Gemeinschaftsräume, Werkstatträume und Büroflächen. Weiterhin sind Sanitär-, Technik-, Lagerflächen und Verkehrsflächen zu bearbeiten.

Die Lernfeldräume für die technische Gebäudeausrüstung, den industriellen Anlagenbau und die erneuerbaren Energien erfordern eine besondere Planung der technischen Gebäudeausrüstung, da in ihnen die Handlungsfelder der Berufe Anlagenmechaniker, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Anlagenmechaniker der Industrie, Behälter- und Apparatebauer und Technische Systemplaner sowohl theoretisch als praktisch behandelt werden sollen. Dafür ist u.a. die Errichtung eines mehrgeschossigen Abwasserlabors und eines Heizöllagers für Unterrichtszwecke erforderlich. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und der BSB (Behörde für Schule und Bildung)/ HIBB (Hamburger Institut für Berufliche Bildung) zu erstellen.

Das vorläufige Gesamtbudget für den Zu- und Umbau beträgt ca. 16,4 Mio Euro brutto (gemäß DIN 276 Kostengruppen 200 bis 700). Neben dieser Baumaßnahme werden zurzeit am Campus im Rahmen einer Variantenuntersuchung die Möglichkeiten einer zentralen Mensa für die G18, die W4 sowie die G17 und G2 untersucht. Die Möglichkeit der Integration in den zu erstellenden Zubau am Standort der G17 wird dabei mit betrachtet. Die Fertigstellung der Baumaßnahmen ist für den Herbst 2017 geplant.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphase 1 (teilweise) und Leistungsphase 2 gemäß § 34 HOAI, Objektplanung.
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).

Die Vergabestelle behält sich vor, von den ausgewählten Bietern gemäß § 20 (3) VOF Lösungsvorschläge in Form einer Machbarkeitsstudie erstellen zu lassen.

Die Schulleitung, Vertreter des Bezirks sowie Vertreter der zurzeit im Verhandlungsverfahren gemäß VOF ausgeschriebenen Projektsteuerung nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion eines Sachverständigen an den Angebotsverhandlungen teil. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VOF-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 71240000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf rund 1.000.000,- Euro (netto) inklusive Nebenkosten geschätzt.
Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.000.000,- Euro
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja
- Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß § 34 HOAI, Objektplanung, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen, als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von der Auftraggeberin festzulegenden Stufen).
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Laufzeit: 36 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
Deckungssummen der Berufshaftpflicht:
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/in insofern seine bzw. ihre Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.)

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja
Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle
 - Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie)
 - Anlage 1B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck)
 - Anlage 1C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck)
 - Anlage 1D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck)
 - Anlage 1E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck)
 - Anlage 1F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck)
 - Anlage 1G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck)
 - Anlage 1H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck)
 - Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen

men (in Kopie) und die schriftliche Erklärung der Bereitschaft einer etwaigen Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1.

- Anlage 3A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie)
- Anlage 3B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3 sowie IV.1.2).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- b) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gemäß

§ 34 HOAI in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2011, 2012, 2013) Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 1.000.000 Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtschuld aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

a) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Hiervon sind im Leistungsbereich Objektplanung gemäß § 34 HOAI mind. 10 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen. Bietergemeinschaften und Bewerber mit Unterauftragnehmern können diese Anforderung gemeinsam erfüllen.

b) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen: Architekt/in für die Leistung Objektplanung gemäß § 34 HOAI.

c) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich Objektplanung gemäß § 34 HOAI. Die Projekte müssen innerhalb der vergangenen 8 Jahre (Stichtag 1. Januar 2006) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gemäß HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300+400 gemäß DIN 276), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherren mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung des Bauherren einzureichen. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Die zwei vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen.

d) Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja
Geforderte Berufsqualifikation gemäß § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Architekt/in für die Leistungen gemäß § 34 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

- IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren
Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:
Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Objektplanung gemäß § 34 HOAI eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gemäß § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien**IV.2.1) Zuschlagskriterien:**

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Lösungsskizze	25 %
3. Qualität	20 %
4. Kundendienst	5 %
5. Ausführungszeitraum	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
SBH VOF 032/2014
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 9. Dezember 2014.
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
10. Dezember 2014, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung 3. Kalenderwoche 2015; Einreichung der Honorarangebote 6. Kalenderwoche 2015; Verhandlungsgespräche 8. Kalenderwoche 2015.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

**VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland, Telefax: +49/040/4 28 40 - 20 39

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

10. November 2014

Hamburg, den 10. November 2014

Die Finanzbehörde

876

Sonstige Mitteilungen

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 VOL/A**

DESY Ausschreibungsnummer: C2070-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung:

**„Öffentliche Ausschreibung DESY C2070-14
Angebotstermin 3. Dezember 2014“**

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY

Haus- und Lieferanschrift:

Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Herstellung und Lieferung von:

1 Satz Sandwichbleiplatten 3 mm Al/4 mm Pb99,
9/3 mm Al

14 Stück 805 x 450 mm

7 Stück 885 x 490 mm

7 Stück 888 x 490 mm

7 Stück 805 x 490 mm

7 Stück 808 x 490 mm

14 Stück 815 x 450 mm

14 Stück 470 x 490 mm

88 Stück 600 x 420 mm

44 Stück 600 x 400 mm

44 Stück 603 x 400 mm

44 Stück 420 x 420 mm

6 Stück 1000 x 2000 mm

6 Rollen 2 mm selbstklebendes Rollenblei (12,6 m²)

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

**e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art
der einzelnen Lose: Entfällt**

**f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten:
Entfällt**

**g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:
kürzestmöglich**

2196

Dienstag, den 18. November 2014

Amtl. Anz. Nr. 90

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
zu Händen Frau Roy
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum 26. November 2014 angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **3. Dezember 2014**

Ablauf der Bindefrist: **9. Januar 2015**

j) Geforderte Sicherheiten: –**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:**

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Vorlage von Referenzen über die Herstellung von Sandwichbleiplatten mit Angabe der Adresse, Ansprechpartner und deren Telefonnummer. Es gelten lediglich die Eintragungen im beigegeführten Vordruck.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt**n) Zuschlagskriterien:**

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen:

Hamburg, den 12. November 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

877

**Öffentliche Ausschreibung
der Hamburger Wasserwerke GmbH**

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 52/14

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung von insgesamt etwa 2050 m Leitungen, teilweise im Spülbohrverfahren, im Jes-Juhl-Weg u.a. Straßen in Othmarschen

und zwar 360 m DN 50 PE (d63)
755 m DN 80 GGG Zm PE
635 m DN 100 GGG Zm PE
sowie 300 m DN 25-50 Cu bzw. PE
Anschlussleitungen.

Geplanter Ausführungsbeginn: Anfang 2015

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge und pe.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 19. November 2014 bis zum 27. November 2014 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, IBAN: DE03 2105 0000 0100 9090 00, BIC: HSHNDEHHXX, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 4. Dezember 2014 um 9.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 10. November 2014

Hamburger Wasserwerke GmbH

878